



2020

Handreichung Familienfreundliche Kommune



Baden-Württemberg
STATISTISCHES LANDESAMT
FAFO FAMILIENFORSCHUNG



Arbeitsgemeinschaft
Netzwerk Familie
Baden-Württemberg



KVJS
Kommunalverband für
Jugend und Soziales
Baden-Württemberg



Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR SOZIALES UND INTEGRATION

Impressum

Handreichung Familienfreundliche Kommune

Artikel-Nr. 8058 20001

ISBN 978-3-934338-68-5

Herausgeber

FamilienForschung Baden-Württemberg
im Statistischen Landesamt
Mit Unterstützung des Ministeriums
für Soziales und Integration
Arbeitsgemeinschaft Netzwerk Familie
Baden-Württemberg
Kommunalverband für Jugend und Soziales
Baden-Württemberg

Redaktionsteam

Stefan Goller-Martin, Stadt Ravensburg
Patrik A. Hauns, Stadt Bruchsal
Marga Heller, Gemeinde Ehningen
Esther Hoffmann, AG Netzwerk Familie BW
Hans-Jürgen Lutz, Ortenaukreis
Andreas Reuter, KVJS BW
Dr. Jens Ridderbusch, FaFo BW

Endredaktion, Layout

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Auflage

2 500 Exemplare

© FamilienForschung Baden-Württemberg
im Statistischen Landesamt, Stuttgart, 2020

Sämtliche Veröffentlichungen sind Werke, Bearbeitungen oder Sammel- bzw. Datenbankwerke im Sinne des Urheberrechtsgesetzes und somit urheberrechtlich geschützt. Der Erwerb einer Veröffentlichung gestattet neben deren Verwendung die Vervielfältigung und Verbreitung – auch auszugsweise – in elektronischer Form sowie in gedruckten Veröffentlichungen mit Quellenangabe. Die Weiterverbreitung von kostenpflichtigen Produkten – speziell von Verzeichnissen – bedarf der vorherigen Zustimmung. Die Genehmigung ist einzuholen unter vertrieb@stala.bwl.de. Alle übrigen (Nutzungs-) Rechte bleiben vorbehalten. Für Thematische Karten gelten besondere Lizenzbedingungen.

Handreichung Familienfreundliche Kommune



2020



Grußwort

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn wir uns gut für die Zukunft aufstellen wollen, müssen wir in der Gegenwart nachhaltig handeln. Deshalb ist es mir ein besonders wichtiges Anliegen, die Familienpolitik unseres Landes so zu gestalten, dass Familien in ihren vielfältigen Formen eine gute Lebensperspektive in Baden-Württemberg haben. Denn: Familie ist überall dort, wo Kinder sind.

Da sich Familienpolitik konkret in den Städten, Gemeinden und Landkreisen abspielt, in denen Familien leben und arbeiten, sollte das Umfeld dort so familienfreundlich wie möglich gestaltet und den verschiedenen Lebensphasen gerecht werden.

Mit unserer Broschüre „Familienfreundliche Kommune 2020“ wollen wir Sie dabei unterstützen, familienfreundliche und nachhaltige Strukturen vor Ort zu schaffen. Der Fragenkatalog soll der Selbstevaluation und Weiterentwicklung Ihrer Kommune dienen. Zahlreiche Fachleute aus Städten, Gemeinden und Landkreisen haben rund 200 Kriterien zusammengestellt, die sich auf ein breites Spektrum familienpolitisch relevanter Handlungsfelder beziehen. Themen sind zum Beispiel Familienförderung und Familienbildung, Betreuung, Ausbildung und Erziehung, Vereinbarkeit von Erwerbs- und Fürsorgearbeit, Integration und Antidiskriminierung, Älterwerden und Generationenbeziehungen, Gesundheitsförderung sowie Wohnen, Wohnumfeld und Mobilität.

Durch diese umfassende Betrachtung von Qualitätskriterien möchten wir sicherstellen, dass Familienfreundlichkeit alle gesellschaftlichen

Gruppierungen, alle Altersgruppen und Familien in ihrer gesamten Vielfalt umfasst.

Insbesondere vor dem Hintergrund unserer Landesstrategie „Quartier 2020 – Gemeinsam. Gestalten.“ gewinnt eine attraktive, familienfreundliche Gestaltung der Kommunen zunehmend an Gewicht. Es gilt, gemeinsam Kräfte zu bündeln, damit wir als vielfältige Gemeinschaft gut zusammenleben können.

Ich wünsche Ihnen, dass Sie durch diese Broschüre zahlreiche Anregungen und Ideen für unseren gemeinsamen Weg hin zu einem noch familienfreundlicheren Baden-Württemberg erhalten.

Ihr Manne Lucha MdL
Minister für Soziales und Integration
Baden-Württemberg

Vorwort

Konsequentes familienfreundliches und familienbewusstes Handeln ist für die Kommunen in Baden-Württemberg wichtiger denn je und nach wie vor von zentraler Bedeutung für die Entwicklung des Gemeinwesens. Die rasanten und dynamischen gesellschaftlichen Entwicklungen in einer globalisierten und digitalisierten Welt stellen die Kommunen mit ihren Akteuren und Verantwortungsträgerinnen und -trägern insgesamt vor große Herausforderungen.

Dabei sind es nicht nur Themen wie die weitere Flexibilisierung der Arbeitswelt, der demografische Wandel oder die technische Entwicklung im Kontext von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz, die die Familien und Familiennetzwerke fordern – es sind zunehmend auch Veränderungen von Rahmenbedingungen im kommunalen Nahbereich, die das Familienleben zusätzlich belasten können. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum oder das Fehlen passgenauer Kinderbetreuungsangebote sind hierfür nur Beispiele.

Die Arbeitsgruppe „Handreichung Familienfreundliche Kommune“ – bestehend aus Expertinnen und Experten der Arbeitsgemeinschaft Netzwerk Familie Baden-Württemberg, der FamilienForschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt, des Kommunalverbands für Jugend und Soziales Baden-Württemberg und Vertreterinnen und Vertretern mehrerer baden-württembergischer Städte, Gemeinden und Landkreise – hat es sich daher zur Aufgabe gemacht, die erstmals im Jahr 2006 konzipierte Handreichung – nach 2010 und 2014 – erneut in

bewährter Weise und vor dem Hintergrund der ungebrochenen Nachfrage fortzuschreiben.

Dabei bleiben die zentralen Orientierungspunkte, aufgeteilt in zehn Handlungsfelder, im Wesentlichen unverändert:

- Sind die Angebote in ihrer Zielsetzung noch stimmig und bedarfsgerecht?
- Sind die Akteure und Angebote miteinander vernetzt und den Zielgruppen auch bekannt?
- Sind die Bürgerinnen und Bürger an der Entwicklung und Umsetzung beteiligt?
- Erfolgt die kommunale Steuerung der Verwaltung ganzheitlich?
- Sind die Angebote und das Prozessmanagement auf Nachhaltigkeit ausgerichtet?

Gleichzeitig wurde die Handreichung deutlich überarbeitet und weiterentwickelt. Dabei wurden auch Arbeitsfelder aufgegriffen, mit denen sich kommunale Akteurinnen und Akteure zunehmend intensiver auseinandersetzen müssen: Themen wie Integration, Familienbildung, Mobilität und Gesundheitsförderung sind dafür Beispiele.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe freuen sich daher, Ihnen die Handreichung in einer neuen – nunmehr vierten – Fassung zur Verfügung stellen zu können. Wir wünschen allen Anwendern viel Erfolg bei der Weiterentwicklung Ihrer familienfreundlichen Zukunftsprojekte – für einen familienfreundlichen Lebens- und Wirtschaftsstandort und für eine nachhaltige Lebensqualität der Familien in Ihrer Kommune.



Hilde Huber
Landesvorsitzende
AG Netzwerk Familie
Baden-Württemberg
Lokale Bündnisse für Familie



Dr. Carmina Brenner
Präsidentin
Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
FamilienForschung BW



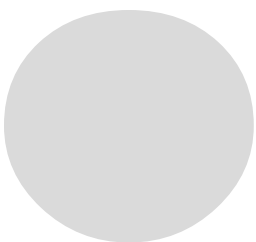
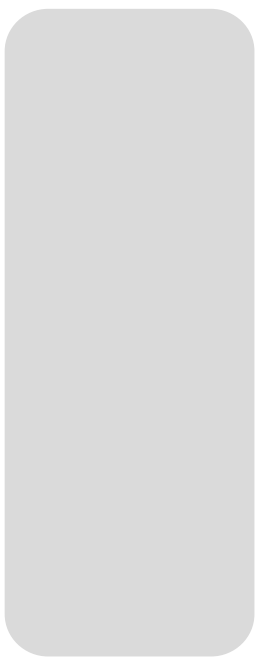
Kristin Schwarz
Verbandsdirektorin
Kommunalverband
für Jugend und Soziales
Baden-Württemberg

Inhalt

● Hinweise	
Zur Arbeit mit der Handreichung	9
● Gemeinsam Handeln	
Für mehr Familienfreundlichkeit in unseren Städten und Gemeinden	13
● Handlungsfeld 1	
Kommunale Steuerung und Vernetzung	21
● Handlungsfeld 2	
Familienbildung und Familienförderung	31
● Handlungsfeld 3	
Frühe Bildung, Betreuung, Erziehung	39
● Handlungsfeld 4	
Bildung, lebenslanges Lernen	47
● Handlungsfeld 5	
Vereinbarkeit von Beruf und Familie	55
● Handlungsfeld 6	
Wohnen, Wohnumfeld, Mobilität	61
● Handlungsfeld 7	
Freizeit und Kultur	69
● Handlungsfeld 8	
Integration und Antidiskriminierung	77
● Handlungsfeld 9	
Älterwerden, Zusammenleben der Generationen	85
● Handlungsfeld 10	
Gesundheitsförderung, Prävention	93
● Kontaktdaten	101

Hinweise

Zur Arbeit
mit der Handreichung





Neufassung der Handreichung

Die vorliegende Neufassung der Handreichung „Familienfreundliche Kommune“ bietet einen Überblick über wesentliche Handlungsfelder kommunaler Familienpolitik und dient dazu, eine kommunal strukturierte Familienförderung zu definieren und Wege aufzuzeigen, um das spezifische familienfreundliche Profil einer Kommune zu schärfen.

Die Handreichung ermöglicht den Gemeinden und Städten eine systematische Bestandsaufnahme, eine Festlegung von bedarfsorientierten Zielen und damit eine strategische Weiterentwicklung ihrer familienfreundlichen Infrastruktur.

Sie ist als prozessunterstützendes Analyse- und Planungsinstrument für Kommunen und ihre mitwirkenden Akteurinnen und Akteure im Sinne eines „Standortfaktors Familienfreundlichkeit“ zu verstehen.

Die Handreichung ist mit dem Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg, dem Gemeindetag, dem Städtetag und dem Landkreistag Baden-Württemberg abgestimmt und wird zur Anwendung empfohlen.

In der Anwendung müssen nicht alle Handlungsfelder von einer Kommune parallel bearbeitet werden, sondern die Handreichung eignet sich vielmehr auch dazu, spezielle Handlungsfelder auszusuchen, um diese nach dem aktuellen kommunalen Bedarf zu bearbeiten. Daher erscheinen wiederholende Fragestellungen in den einzelnen Handlungsfeldern.

Die Handreichung erhebt wegen der lokal unterschiedlichen Bedürfnisse und Anforderungen in den Kommunen nicht den Anspruch, umfassend und überall zutreffend zu sein. Bestimmte Fragestellungen oder Aspekte zur Familienfreundlichkeit können in einigen Orten weniger relevant sein. Andere, nicht genannte Aspekte, können jedoch vor Ort einen hohen Stellenwert haben. Die Handreichung gibt daher keine abschließenden Standards zur Familienfreundlichkeit vor.

Anwendung

Um die Übersicht zu wahren, gliedert sich die Handreichung in zehn thematische Handlungsfelder. Jedes Handlungsfeld behandelt vier grundlegende Aspekte:

- Strukturfragen für Rat und Verwaltung
- Prozessmanagement, Beteiligung und Nachhaltigkeit
- Information und Kommunikation
- Angebote und Leistungen

Bei der praktischen Bearbeitung kann es sinnvoll sein, die Handlungsfelder von unterschiedlichen Fachbereichen (Ämtern) gleichzeitig oder in abgestimmter zeitlicher Reihenfolge getrennt zu bearbeiten. Wegen der Querschnittsrelevanz ist die abschließende Zusammenführung und Diskussion aller Ergebnisse der analysierten Handlungsfelder sinnvoll.

Nur die Gesamtschau auf die Bestandsaufnahme schafft eine fundierte Ausgangsbasis für eine bedarfsorientierte und nachhaltige Weiterentwicklung der familienfreundlichen Infrastruktur.

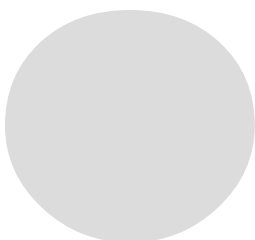
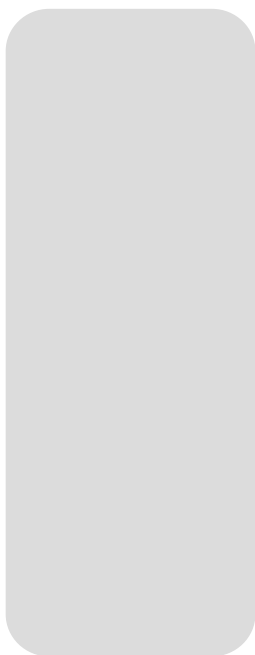
Unabhängig von der Zahl der Beteiligten und Entwicklungsprozesse hat es sich sehr bewährt, in jeder Kommune eine verantwortliche Ansprechperson für die Anwendung der Handreichung zu bestellen. Bewährt hat sich auch, dass die kommunale Führungsebene in die Entwicklung von Zielen und Maßnahmen verantwortlich einbezogen bleibt.

Weiterentwicklung

Der gesellschaftliche Wandel und damit einhergehende rechtliche Änderungen erfordern eine kontinuierliche Fortschreibung und Neubestimmung von Familienfreundlichkeit in den Kommunen. Daher sind die Autorinnen und Autoren dieser Handreichung dankbar für Hinweise auf notwendige Anpassungen und Ergänzungen. Bitte sprechen Sie uns an. Die Kontaktdaten des Autorenteam finden Sie am Ende der Veröffentlichung.

Gemeinsam Handeln

Für mehr Familienfreundlichkeit
in unseren Städten und
Gemeinden





1. Gemeinsam handeln und den Wandel gestalten

Die Altersstruktur der Bevölkerung verändert sich, das Durchschnittsalter steigt, die Anteile älterer und hochbetagter Menschen nehmen deutlich zu – darauf müssen sich die Städte und Gemeinden im Land einstellen. Schon im kommenden Jahrzehnt wird nahezu jeder dritte Einwohner und jede dritte Einwohnerin Baden-Württembergs über 60 Jahre alt sein. Gleichzeitig nimmt die Heterogenität der Familienformen und Lebensweisen sowie der kulturellen Herkunft der Einwohnerinnen und Einwohner zu. Die Kommunen stehen somit vor der Herausforderung, den sozialen Zusammenhalt in den Ortsteilen und Stadtquartieren zu gewährleisten, also das Miteinander der Menschen und die Selbsthilfe zwischen den Generationen zu erhalten.

Hinzu kommt die Aufgabe, die kommunale Infrastruktur an die sich wandelnden Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger vor Ort flexibel anzupassen, sodass eine funktionierende Grundversorgung sichergestellt ist. Dabei wird es darauf ankommen, die Angebote und Leistungen für ältere Menschen auszubauen, ohne dabei die Bedürfnisse und Interessen von jüngeren Menschen, Kindern und Jugendlichen aus dem Blick zu verlieren.

Die Familienfreundlichkeit in den Städten und Gemeinden Baden-Württembergs hängt davon ab, wie diese ihre Handlungsspielräume nutzen, um die Herausforderungen des demografischen und gesellschaftlichen Wandels zu gestalten.

Um eine Kommune familienfreundlich auszurichten, gibt es viele Gestaltungsspielräume. Familien-

Handlungsfelder Familienfreundliche Kommune





freundlichkeit reicht vom Kleinkind bis zum älteren Menschen. Grundsätzlich sind die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen ebenso berührt wie die Belange von Erwachsenen. Fragen des Zusammenlebens von Jung und Alt, von Menschen mit und ohne Behinderungen sowie von Menschen unterschiedlicher Herkunft ziehen sich wie ein roter Faden durch alle Lebensbereiche in den Kommunen.

Um dieser Vielfalt gerecht zu werden, ist die vorliegende Handreichung in zehn Handlungsfelder aufgeteilt, die je nach örtlicher Ausgangslage und Priorität flexibel bearbeitet werden können.

Eine „Familienfreundliche Kommune“ soll dabei nicht statisch, sondern vielmehr als kontinuierlicher Verbesserungsprozess verstanden werden. Zu einem solchen nachhaltigen Veränderungsprozess gehören eine effektive Vernetzung der Akteure und Akteurinnen sowie eine frühzeitige Beteiligung der Bevölkerung, eine systematische Bestandsaufnahme und darauf aufbauende Entwicklung von Zielen und Maßnahmen sowie eine kontinuierliche Umsetzung und Fortschreibung der Agenda.

2. Akteure und Akteurinnen zusammenführen

Um ein familien- und generationenfreundliches Gemeinwesen zu entwickeln, ist es hilfreich, ein Konzept zur nachhaltigen Kommunalentwicklung zu formulieren, das alle Akteur/-innen und Handlungsfelder in der Kommune berücksichtigt. Die Arbeit mit der Handreichung ist eine gute Ausgangsbasis für einen erfolgreichen Entwicklungsprozess.

Um Familienfreundlichkeit als Querschnittsthema angehen zu können, brauchen die Gemeinden und Städte vor Ort starke Bündnispartner und Unterstützer. Eine gute Plattform hierfür sind die **Lokalen Bündnisse für Familie**, denn sie fördern die Zusammenarbeit von familienpolitisch Aktiven, Kommunen, Kirchen, Verbänden und der Wirtschaft mit dem Ziel, die familienbezogenen

Angebote und Leistungen stärker miteinander zu koordinieren und die örtlichen Rahmenbedingungen für Familien weiter zu verbessern. Das gemeinsame Ziel aller Bündnispartner ist es, mit Bürgerbeteiligung neue Ideen und Helfer für verschiedene Themen und Projekte zu gewinnen. Voraussetzung für einen gelingenden Beteiligungsprozess ist ein eindeutiges politisches Mandat von der Verwaltungsspitze und dem Gemeinderat sowie die Bereitschaft, alle Ideen und Vorschläge der Bürgerschaft wertschätzend zu diskutieren und abzuwägen.

Ist der Auftrag ausgesprochen und stehen (Ober-)Bürgermeister/-in, Verwaltung und Gemeinderat hinter dem Vorhaben, geht es darum, gemeinsam mit den örtlichen Akteur/-innen und der Bürgerschaft ein Konzept mit Zielen und Maßnahmen auszuarbeiten, um den Entwicklungsprozess voranzutreiben. Die Bedürfnisse und Interessen aller Beteiligten im Blick zu haben und zusammenzuführen ist dabei die große Kunst. Bestehende Arbeitsgruppen, Einrichtungen und Initiativen müssen hierbei genauso berücksichtigt werden wie die vorhandenen Kräfte und Ressourcen.

3. Quartiere aktivieren, Bevölkerung beteiligen

Patentrezepte für ein familien- und generationenfreundliches Gemeinwesen gibt es nicht. Konkrete Lösungen lassen sich nur vor Ort in den Gemeinden, und Städten, Ortschaften und Stadtvierteln erarbeiten – im gemeinsamen Dialog von Gemeinderat, Verwaltung, örtlichen Einrichtungen, Unternehmen, Kirchen, Vereinen sowie mit den Einwohnerinnen und Einwohnern. Es gibt vielfältige und attraktive Beteiligungsmöglichkeiten, um den Belangen von Familien, Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen gerecht zu werden sowie ihren Ideen und Gestaltungsvorschlägen verstärkt Geltung zu verschaffen. Hierbei können auch landesweite Initiativen und Förderprogramme des Landes Baden-Württemberg helfen.

Die **Landesstrategie „Quartier 2020 – Gemeinsam.Gestalten“**, die vom **Ministerium**



für **Soziales und Integration Baden-Württemberg** vorangetrieben wird, unterstützt die Kommunen dabei, das Miteinander der Menschen, Selbsthilfe und Zusammenhalt in den Gemeinde- und Stadtquartieren zu stärken. Angesichts des fortschreitenden demografischen Wandels werden hierbei insbesondere auch die Teilhabe und Versorgung älterer Menschen gefördert. Weitere Schwerpunkte sind Beteiligung und Engagement, Familien und Generationen, Wohnumfeld und Mobilität, lokale Wirtschaft und Beruf, Gesundheitsförderung und -prävention, Integration sowie Inklusion. Um die baden-württembergischen Städte, Gemeinden und Landkreise bei ihrer Quartiersentwicklung zu unterstützen, gibt es eine Vielzahl an unterschiedlichen Beratungsangeboten. Eine Übersicht hierzu finden Sie im Beratungswegweiser des Gemeinsamen Kompetenzzentrums Quartiersentwicklung (GKZ.QE) von Gemeindetag, Städtetag und Landkreistag Baden-Württemberg. Die Familienforschung des Statistischen Landesamtes bietet zudem Fachtage und Regionalkonferenzen für interessierte Kommunen an (www.quartier2020-bw.de).

Auch die **Städtebauförderung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau** legt bei der städtebaulichen Erneuerung Wert darauf, dass die baulichen Maßnahmen das soziale Miteinander im Quartier fördern, ein attraktives Wohn- und Arbeitsumfeld entsteht und auf die demografische Entwicklung reagiert wird. Mit dem Programm „Nichtinvestive Städtebauförderung NIS“ unterstützt das Wirtschaftsministerium in Sanierungsgebieten auch soziale Projekte, beispielsweise zur Beteiligung und Mitwirkung der Einwohnerinnen und Einwohner, zur Betreuung von Kindern und Jugendlichen in der Freizeit, zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen oder zur Integration von Migrantinnen und Migranten (www.stadterneuerung-bw.de).

Die **Initiative Allianz für Beteiligung e.V.** fördert ebenfalls die konkrete Quartiersarbeit und Bürgerbeteiligung in den Städten und Gemeinden – eng abgestimmt mit den zuständigen Ministerien.

In einem Förderbaukasten für Kommunen und Zivilgesellschaft sind die verschiedenen Förderlinien zur Quartiersentwicklung und Bürgerbeteiligung zusammengestellt (www.allianz-fuer-beteiligung.de).

Als Initiative der Lokalen Bündnisse für Familie unterstützt die **AG Netzwerk Familie Baden-Württemberg** Städte und Gemeinden auf ihrem Weg zur Familienfreundlichkeit. Auf Grundlage der vorliegenden Handreichung wurde das Prädikat „Familienbewusste Kommune Plus“ entwickelt, das Städten und Gemeinden bei der Bilanzierung und Weiterentwicklung ihrer familienbezogenen Angebote helfen soll (www.netzwerk-familie-bw.de).

Eine weitere familienbezogene Initiative auf Landesebene ist die „Rahmenkonzeption Familienbildung Baden-Württemberg“, die das **Netzwerk Familienbildung Baden-Württemberg** zusammen mit dem Landesfamilienrat und dem Ministerium für Soziales und Integration entwickelt hat. Die Rahmenkonzeption bietet eine geeignete Grundlage, um Familienbildung auf kommunaler Ebene – etwa im Rahmen der Jugendhilfeplanung – beteiligungsorientiert umzusetzen (www.landesfamilienrat.de).

Neben den genannten Initiativen und Programmen gibt es noch viele weitere Möglichkeiten und Formate, um die Bürgerschaft für die Gestaltung des örtlichen Zusammenlebens zu mobilisieren, beispielsweise durch BürgerInnenräte, Ortsteil- und Stadtteilkonferenzen, Zukunftswerkstätten, Stadtspaziergänge und ähnliche Formate. Als praxistauglicher Einstieg in die beteiligungsorientierte Quartiersarbeit haben sich auch die **Generationen-Workshops** erwiesen, die vom Ministerium für Soziales und Integration gefördert und von der Familienforschung des Statistischen Landesamtes durchgeführt werden. Hierzu werden Jugendliche und ältere Menschen eingeladen, damit sie gemeinsame Lern-, Hilfe- oder Kulturprojekte für ihre Heimatgemeinde entwickeln und so auf ganz praktische Weise Begegnung und Austausch zwischen den Generationen fördern (www.faf0-bw.de).



Leitziel „Familienfreundliche Kommune“ als kontinuierlicher Verbesserungsprozess



4. Familienfreundlichkeit als Entwicklungsprozess anlegen

Die Handreichung „Familienfreundliche Kommune“ unterstützt den Einstieg in einen Prozess zur nachhaltigen familienfreundlichen Kommunalentwicklung. Dieser Prozess kann als kontinuierlicher Verbesserungsprozess verstanden werden, der idealtypisch vier Arbeitsschritte umfasst:

Bestandsaufnahme mit der Handreichung

Als Einstieg in den Entwicklungsprozess und auch als Zwischenbilanz auf dem Weg zur „Familienfreundlichen Kommune“ empfiehlt es sich, die bestehenden Angebote und Leistungen für Familien mit der örtlichen Bedarfslage zu vergleichen:

- Welche Steuerungsrelevanz hat Familienfreundlichkeit in der Kommune bisher?
- Was bieten die Kommune, Kirchen, freie Träger, Unternehmen und Vereine für Familien, Kinder, Jugendliche, Senioren, Jung und Alt?
- Treffen die Angebote den örtlichen Bedarf? Werden die Zielgruppen tatsächlich erreicht und was fehlt noch?
- Sind die Akteure und Akteurinnen sowie die Angebote gut miteinander vernetzt? Werden die Mittel effizient eingesetzt?
- Welche guten Praxisbeispiele und Lösungen gibt es in anderen Kommunen? Was kann man daraus für die eigene Entwicklung lernen?

Entlang des Fragenkatalogs der Handreichung „Familienfreundliche Kommune“ lässt sich eine strukturierte Bestandsanalyse der familienfreund-



lichen Infrastruktur durchführen, die zu bedarfsorientierten Zielen führt.

Zielentwicklung

Ist der Bestand erhoben, empfiehlt es sich, dass Kommune, Bündnispartner und Einwohnerschaft eng und zielorientiert zusammenarbeiten. Die Grundidee der Zusammenarbeit ist die Einsicht, dass die gegenwärtigen Herausforderungen durch den demografischen und gesellschaftlichen Wandel ein breit angelegtes Handeln von Politik, Verwaltung, örtlicher Wirtschaft und Zivilgesellschaft erforderlich machen. Neben den örtlichen Fachkräften sollten die Einwohnerinnen und Einwohner vor Ort zu Wort kommen, um sicherzustellen, dass die Ziele und geplanten Maßnahmen am konkreten Bedarf der Menschen ansetzen.

Umsetzung

Auch bei der Umsetzung familienfreundlicher Maßnahmen sollte die Einwohnerschaft vor Ort aktiv mitwirken können. Besonders eignen sich Vorhaben, die Kinder, Jugendliche oder ältere Menschen unmittelbar betreffen, wie zum Beispiel die Neugestaltung von Spielplätzen oder Schulhöfen, der Bau einer Skateranlage, die Aufwertung des Wohnumfelds, die Einrichtung eines Mehrgenerationentreffs oder eines Dorfladens oder die Gründung eines Hilfenetzwerks für Jung und Alt, um nur einige Beispiele zu nennen. Je

nach Anlass und Zielgruppe sind verschiedene Beteiligungsformen sinnvoll.

Fortschreibung

Um die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der familienfreundlichen Kommunalentwicklung sicherzustellen, sind Erfolgskontrollen und Selbstevaluation erforderlich.

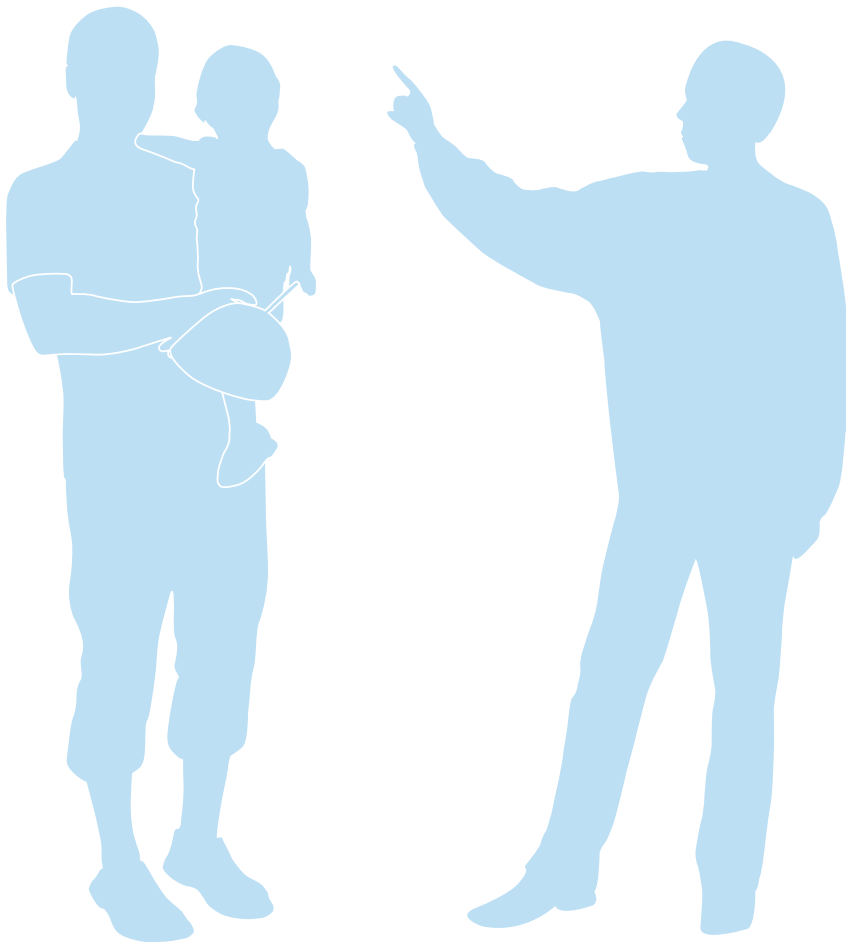
- Sind die Ziele, die sich die Kommune gesteckt hat, auch tatsächlich erreicht worden?
- Haben die Maßnahmen die Lebenssituation von Familien in der gewünschten Weise und in der angestrebten Frist verbessert?
- Bei welchen Zielen ist es noch nicht vorangegangen, wo gibt es neuen Handlungsbedarf?

Wichtig für eine wirksame Erfolgskontrolle ist auch die Einbeziehung der Einwohnerschaft und der örtlichen Kooperationspartner. Zur Sicherung der Nachhaltigkeit werden nach dem Bilanzziehen gemeinsam weiterführende Ziele und Maßnahmen im Sinne eines kontinuierlichen familienfreundlichen Verbesserungsprozesses erarbeitet. Dabei werden nicht zuletzt auch die besonderen Leistungen aller Beteiligten in angemessener Weise gewürdigt. Bilanz zu ziehen, Anerkennung zu bekommen und neue Ideen mitzunehmen bedeutet ebenfalls, neue Motivation für den weiteren Weg zur Familienfreundlichkeit zu gewinnen.

Handlungsfeld

1

Kommunale Steuerung und Vernetzung





STRUKTURFRAGEN FÜR RAT UND VERWALTUNG

1.1 Leitziel „Familienfreundliches Gesamtkonzept“

Gibt es ein „Familienfreundliches Gesamtkonzept“ aufgrund ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... eines Auftrags des/der (Ober-)Bürgermeisters/-in?			
... eines Gemeinderatsbeschlusses?			
... einer familienbewussten Orientierung im Rahmen eines Leitbildes/Konzepts der Verwaltung?			
Wird dieses Leitbild/Konzept regelmäßig fortgeschrieben und hierzu berichtet?			
Werden externe Fachberatungen hinzugezogen (etwa im Rahmen des Qualitätssiegels Familienbewusste Kommune)?			
Werden die Zielerreichung und die Effizienz der Maßnahmen im Sinne einer Evaluation regelmäßig überprüft?			

1.2 Familienfreundlichkeit als kommunale Aufgabe

Ist Familienfreundlichkeit als Querschnittsaufgabe im Aufgabengliederungsplan bzw. in der Zuständigkeitsordnung der Kommune verankert?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es Maßnahmen, um Familienfreundlichkeit als Standortfaktor weiterzuentwickeln?			

1.3 Steuerung der Familienfreundlichkeit

Gibt es in der Kommune ein übergeordnetes Gremium zur Entwicklung und Steuerung der Familienfreundlichkeit (zum Beispiel Lokales Bündnis für Familie, Runder Tisch) ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... koordiniert durch eine nicht kommunale Organisation?			
... gesteuert durch die Kommune?			

1.4 Zentrale Anlaufstelle für Familien

Gibt es in der Kommune eine zentrale Anlaufstelle, bei der sich Familien informieren können und selbstorganisierte Aktivitäten unterstützt werden?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
--	----	------	-----------------



1.5 Bürgerschaftliches/Freiwilliges Engagement

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es in der Kommune ...			
... eine Anlaufstelle, die bürgerschaftliches Engagement fördert, berät oder vermittelt?			
... eine Förderung bürgerschaftlichen Engagements, zum Beispiel durch kostenlose Bereitstellung von Räumen, Infrastruktur etc.?			
... eine Börse zur Vermittlung von Angebot und Nachfrage im Bereich bürgerschaftliches Engagement?			
... Qualifizierungen und Fortbildungen für bürgerschaftlich Engagierte?			

PROZESSMANAGEMENT, BETEILIGUNG UND NACHHALTIGKEIT

1.6 Beteiligung, Vernetzung und Nachhaltigkeit

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Werden Bürger/-innen regelmäßig an wichtigen strategischen Fragen der Kommunalentwicklung beteiligt (zum Beispiel durch Zukunftswerkstätten, Bürgerforen, Bürger/-innen-Räte)?			
Gibt es ein kommunales Beteiligungskonzept, das festlegt, wann und bei welchen Fragen die Bürger/-innen zu beteiligen sind?			
Gibt es zielgruppenspezifische Gremien zur regelmäßigen Beteiligung von Kindern, Jugendlichen, Menschen mit Behinderung, Senioren, Migranten/-innen u.a.?			
Gibt es eine feste Netzwerkstruktur, die Unternehmen, Einrichtungen, Kirchen, Vereine und Verbände zusammenbringt und ihre familienfreundlichen Aktivitäten koordiniert (zum Beispiel Lokales Bündnis, Agenda Gruppen, Runder Tisch)?			
Stellt die Verwaltung personelle und finanzielle Ressourcen für Beteiligung und Vernetzung zur Verfügung?			



1.7 Überprüfung der Nachhaltigkeit

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Werden die Maßnahmen zur Familienfreundlichkeit regelmäßig überprüft und kontinuierlich weiterentwickelt?			
Gibt es in der Verwaltung ein Verfahren bzw. Kriterien zur Prüfung der Familienverträglichkeit (zum Beispiel Anhörung der Träger öffentlicher Belange)			
... auf Verwaltungsebene?			
... auf Gremienebene?			

1.8 Interkommunale(r) Austausch und Zusammenarbeit

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Arbeitet die Kommune im Bereich Familienfreundlichkeit mit anderen Kommunen/Landkreis/Raumschaften/Regionen zusammen ...			
... auf Verwaltungsebene?			
... unter Einbeziehung des Gemeinderates/der Gremien?			
... über eine Mitwirkung im Rahmen regionaler/überregionaler Vernetzungsgremien (zum Beispiel AG Netzwerk Familie, regionale Zusammenschlüsse)?			
... über interkommunale Vereinbarungen?			

1.9 Berücksichtigung des demografischen Wandels

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es angesichts des demografischen Wandels ...			
... ein Gesamtkonzept der Kommune?			
... Konzepte auf Fachbereichsebene, zum Beispiel Soziales, Bildung, Wirtschaft?			
Sind an der Erarbeitung kommunaler Konzepte gesellschaftliche Gruppen und/oder Bürger/-innen beteiligt?			
Werden diese Konzepte regelmäßig fortgeschrieben?			



INFORMATION UND KOMMUNIKATION

1.10 Informationen für Familien

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Informiert die Kommune über Dienste und Angebote für Familien in Form ...			
... einer digitalen Information?			
... schriftlicher Informationen (Broschüren, Flyer, Gemeindeblatt)?			
... eines barrierefreien Angebotes?			
... eines Veranstaltungskalenders zu familienrelevanten Themen und Angeboten?			
... muttersprachlicher Informationen für die größten nicht deutschen Nationalitätsgruppen vor Ort?			

1.11 Familienfreundlichkeit als Standortfaktor

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Wirbt die Kommune aktiv mit einem Hinweis auf die Familienfreundlichkeit der Kommune ...			
... grundsätzlich in allen Medien (zum Beispiel Briefbogen, Internet)?			
... mit Auszeichnungen für familienfreundliche Projekte/ Innovationen?			
... mit einem speziellen Informations- und Unterstützungsservice für Unternehmen?			
... bei Stellenausschreibungen?			



ANGEBOTE UND LEISTUNGEN

1.12 Wertschätzung für Familien

Gibt es in der Kommune eine Kultur der Wertschätzung für Familien vermittelt durch ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... eine offizielle Gratulation bzw. einen Besuch bei der Geburt eines Kindes und ein Informationspaket?			
... spezielle Veranstaltungen für Familien und Kinder (ggf. jeweils gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen)?			
... spezifische Angebote für neu zugezogene Familien?			
... spezifische Angebote für Neugeborene?			
... Sonstiges:			

1.13 Familienfreundliche Zugänge und Besuchsmöglichkeiten

Gibt es an/in kommunalen Einrichtungen und Gebäuden ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... Familienparkplätze?			
... öffentlich zugängliche Toiletten?			
... allgemein zugängliche Still- und Wickelmöglichkeiten?			
... Spielbereiche für Kinder?			
... Kinderbetreuung bei kommunalen Veranstaltungen, insbesondere bei Beteiligungsprozessen?			



1.14 Familienfreundliche kommunale Sprechzeiten

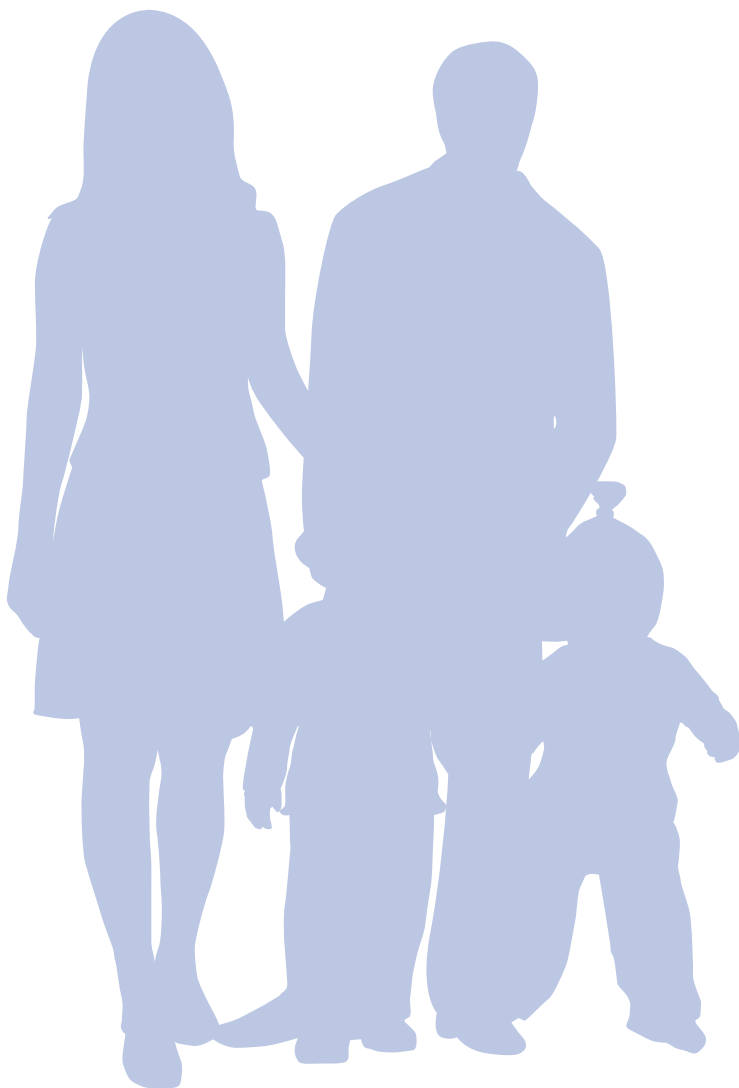
	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Bietet die Kommune Sprechzeiten ...			
... am Abend/in den frühen Morgenstunden/über Mittag (zum Beispiel einmal pro Woche für 2 Stunden)?			
... mit betreutem Spielangebot (zum Beispiel einmal pro Woche bis 18 Uhr)?			
... an Samstagen?			
... über digitale Wege (zum Beispiel soziale Medien)?			
Gibt es spezielle Sprechstunden, zum Beispiel beim/bei der (Ober-)Bürgermeister/-in oder bei den Fachbereichen für ...			
... Kinder?			
... Jugendliche?			
... Weitere Zielgruppen:			

1.15 Familienermäßigungen

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es Ermäßigungen für Familien ...			
... bei kommunalen Einrichtungen (Bücherei, Schwimmbad, Müllabfuhr, Windelrabatt, Energieversorgung etc.)?			
... in Form eines Kinder-/Familienpasses?			
... im öffentlichen Nahverkehr?			
... beim Erwerb von kommunalen Bauplätzen?			
... Sonstiges:			
Wird diese Ermäßigung einkommensunabhängig für alle Familien gewährt?			
Informiert die Kommune über bestehende Möglichkeiten zur finanziellen Förderung und Entlastung von Familien?			

Handlungsfeld **2**

Familienbildung und Familienförderung





STRUKTURFRAGEN FÜR RAT UND VERWALTUNG

2.1 Leitziel „Familienbildung und Familienförderung“

Ist das Leitziel „Familienbildung und Familienförderung“ als Bestandteil des familienfreundlichen Handelns in der Kommune verankert aufgrund ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... eines Auftrags des/der (Ober-)Bürgermeisters/-in?			
... eines Gemeinderatsbeschlusses?			
... einer familienbewussten Orientierung im Rahmen eines Leitbildes/Konzepts der Verwaltung?			
Gibt es ein handlungsbezogenes Familienbildungskonzept, das sich an der „Rahmenkonzeption Familienbildung Baden-Württemberg“ orientiert?			
Ist Familienbildung kontinuierlicher Bestandteil der örtlichen Jugendhilfeplanung?			

2.2 Unterstützung von Initiativen und Familienbildung

Werden Initiativen, zum Beispiel ein Lokales Bündnis für Familie, Eltern- und Selbsthilfe-Gruppen usw., die vor Ort wirken, gefördert durch ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... eine finanzielle Unterstützung?			
... die Bereitstellung von Räumen?			
... Sachmittel und logistische Hilfen?			
... personelle Unterstützung/hauptamtliche Fachkräfte?			
Werden auch Angebote zur Familienbildung mit solchen Ressourcen unterstützt?			

2.3 Teilhabe von Familien mit behinderten Angehörigen

Sind die spezifischen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung und ihrer Angehörigen bedarfsgerecht berücksichtigt (Behindertentoiletten, Verkehrswege, Gebärdendolmetscher ...)?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
---	----	------	-----------------

2.4 Bestandsaufnahme der bestehenden Strukturen

Existiert eine aktuelle Bestandsaufnahme der Kommune zu den Aktivitäten im Bereich „Familienbildung und Familienförderung“? Ja Nein Handlungsbedarf

PROZESSMANAGEMENT, BETEILIGUNG UND NACHHALTIGKEIT

2.5 Beteiligung und Vernetzung

Werden Familien regelmäßig an wichtigen strategischen Fragen im Bereich „Familienbildung und Familienförderung“ beteiligt (zum Beispiel durch Zukunftswerkstätten, Bürgerforen, BürgerInnenräte)? Ja Nein Handlungsbedarf

Gibt es eine feste Netzwerkstruktur, die örtliche Anbieter, Einrichtungen, Kirchen, freien Träger, Vereine und Verbände zusammenbringt und die Aktivitäten im Bereich „Familienbildung und Familienförderung“ koordiniert (zum Beispiel Lokales Bündnis, Agenda-Gruppen, Runder Tisch)?

Gibt es eine Ansprechperson, die die Angebote der Familienbildung koordiniert?

Werden die örtlichen Anbieter der Familienbildung beteiligt?

2.6 Überprüfung der Nachhaltigkeit

Werden die Maßnahmen im Bereich „Familienbildung und Familienförderung“ regelmäßig überprüft und kontinuierlich weiterentwickelt? Ja Nein Handlungsbedarf



INFORMATION UND KOMMUNIKATION

2.7 Informationen für Familien

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es zu allen Diensten und Angeboten für Familien ...			
... barrierefreie Internetangebote (zum Beispiel zielgruppenspezifische Apps)?			
... schriftliche Informationen (zum Beispiel Familienwegweiser)?			
... einen Veranstaltungskalender zu Themen wie Erziehung, Partnerschaft, Bildung etc.?			
... muttersprachliche Informationen für die größten nicht deutschen Nationalitätsgruppen vor Ort?			
... ein zielgruppenspezifisches Informationszentrum (zum Beispiel Familien- oder Jugendinformationszentrum)?			
... eine Zusammenstellung aller Angebote zur Familienbildung und Familienbegegnung?			

ANGEBOTE UND LEISTUNGEN

2.8 Begegnungsmöglichkeiten für Familien

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es ...			
... Eltern- und Familientreffs/Familienzentren?			
... Mehrgenerationenhäuser?			
... Quartierszentrum/Ortsteiltreff/Bürgertreff?			
... Kindertageseinrichtungen mit Konzepten zur Familien-/Elternbildung?			
... Sonstiges:			



2.9 Familienbildung und unterstützende Angebote

Gibt es ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... Kurse zur Familienbildung (zum Beispiel Erziehungskurse, Eltern-Kind-Gruppen)?			
... familienunterstützende Angebote (zum Beispiel Nachbarschaftshilfe, Familienpflege, Patengroßeltern, Babysitter-Dienst)?			
... Angebote der „Frühen Hilfen“ für Familien in besonderen Lebenslagen (zum Beispiel Familienhebammen, Familienbesucher)?			
... Anbieter für haushaltsnahe Dienstleistungen?			
... Angebote für Familien mit körperlich oder geistig beeinträchtigten Familienmitgliedern?			
... Angebote für Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen?			

2.10 Begleitung und Unterstützung Jugendlicher und ihrer Familien

Gibt es für Jugendliche und ihre Bezugspersonen ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... mobile Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit?			
... niedrigschwellige Angebote des Sozialen Dienstes des Jugendamtes oder der freien Träger der Jugendhilfe?			
... niedrigschwellige Zugänge zu Erziehungs- oder psychosozialen Beratungsstellen, Frühförderstellen und zu den Diensten der Gesundheitsämter?			

2.11 Kinder- und Jugendschutz

Unterstützt die Kommune aktiv den Kinder- und Jugendschutz durch ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... einen Runden Tisch oder eine Arbeitsgruppe zum Jugendschutz oder Vereinbarungen mit örtlichen Vereinen, Einrichtungen und Schulen?			
... gemeinsame Projekte und Präventionsveranstaltungen, zum Beispiel mit Trägern der Jugendarbeit oder eigenem Fachpersonal?			
... durch Regelungen in den Jugendförderrichtlinien?			
... durch Schutz von Kindern gegen sexuelle Gewalt, zum Beispiel durch Kindernetzwerke?			



2.12 Unterstützung für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder

Unterstützt die Kommune aktiv die von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen und ihre Kinder durch ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... einen runden Tisch oder eine Arbeitsgruppe zu häuslicher Gewalt?			
... gemeinsame Projekte und Präventionsveranstaltungen, zum Beispiel mit Beratungsstellen oder Frauen- und Kinderschutzhäusern?			
... Bekanntmachung der örtlichen Frauenhilfe- und Unterstützungssysteme und des bundesweiten Hilfetelefon „Gegen Gewalt gegen Frauen“?			

2.13 Unterstützungsformen durch Ehrenamtliche

Gibt es Ehrenamtliche, die Familien unterstützen, zum Beispiel	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... bei der Berufsfindung?			
... bei der Integration von zugewanderten Familien?			
... bei der Betreuung?			
... bei der Pflege?			
... in schwierigen Lebenssituationen?			

Handlungsfeld

3

Frühe Bildung,
Betreuung, Erziehung





STRUKTURFRAGEN FÜR RAT UND VERWALTUNG

3.1 Qualifizierte Bedarfsplanung der Betreuungsplätze für Kinder

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es eine regelmäßige, qualifizierte Bedarfsplanung für die Betreuung und Bildung von Kindern?			
Gibt es für die Bedarfsplanung personelle Ressourcen und eine Ansprechperson für Träger und Eltern?			
Gibt es regelmäßige Bedarfserhebungen bei den Familien für die Kinderbetreuung?			
– 0 bis 3 Jahre?			
– 3 bis 6 Jahre?			
– 6 bis 14 Jahre?			
Berücksichtigt die kommunale Bedarfsplanung auch ...			
... die Kindertagespflege?			
... die betriebliche Kinderbetreuung?			
... die Ferienbetreuung?			
Werden in der Bedarfsplanung Plätze für Kinder mit besonderem Förderbedarf berücksichtigt?			
Wird der Betreuungsbedarf ortsansässiger Unternehmen ermittelt und in die Bedarfsplanung der Kommune einbezogen?			
Können Eltern freie Plätze aller Tageseinrichtungen zentral abfragen (zum Beispiel Anlaufstelle, Internet, Kinderbetreuungsbörsen zum Beispiel Kibeo-Programm)?			
Gibt es ein Handlungskonzept für unerwarteten Betreuungsbedarf?			
Werden die Planungsinstrumente des KitaDataWebhouse genutzt?			

3.2 Förderung der Kindertagespflege

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es Vermittlungsstellen für qualifizierte Tagespflege mit regelmäßigen Sprechzeiten?			
Kooperieren Kommune, Landkreis und Tageselternverein(e) bei der Kindertagespflege?			
Fördert die Kommune die Kindertagespflege (zum Beispiel durch Kooperations- und Finanzierungsvereinbarungen/durch Zuschuss)?			

3.3 Kommunale Unterstützung selbstorganisierter Elternaktivitäten

Werden selbstorganisierte Elternaktivitäten (zum Beispiel Krabbel-/Still-/Spielgruppen) durch die Kommune ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... finanziell unterstützt?			
... durch die Bereitstellung von Räumen unterstützt?			
... organisatorisch unterstützt?			

3.4 Kita Plus

Werden die Kindertageseinrichtungen über den Orientierungsplan hinaus konzeptionell weiterentwickelt ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... durch Kooperationen mit Bildungseinrichtungen (zum Beispiel Bibliothek, Musik- und Kunstschule, Haus der kleinen Forscher)?			
... durch Kooperationen mit Vereinen, anderen Bildungsträgern, Firmen?			
... durch Zusammenarbeit mit Frühförderstellen?			
... zu Familienzentren/Quartierszentren?			

PROZESSMANAGEMENT, BETEILIGUNG UND NACHHALTIGKEIT

3.5 Beteiligung und Vernetzung

Werden Eltern/Elternbeiräte/Gesamtelternbeiräte regelmäßig an wichtigen strategischen Fragen im Bereich „Frühe Bildung, Betreuung, Erziehung“ (zum Beispiel durch Zukunftswerkstätten, Bürgerforen, BürgerInnenräte) beteiligt?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es eine feste Netzwerkstruktur, die Kindertageseinrichtungen, Schulen, Unternehmen, Kirchen, Vereine und freie Träger zusammenbringt und die Aktivitäten im Bereich „Frühe Bildung, Betreuung, Erziehung“ koordiniert (zum Beispiel Lokales Bündnis, Agenda Gruppen, Runder Tisch)?			



3.6 Qualitätsentwicklung

Gibt es fachliche, strukturelle oder sonstige Qualitätsbausteine für den Betrieb der Kindertageseinrichtungen über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinaus?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Besteht in jeder Kindertageseinrichtung ein Qualitätsmanagementsystem und wird dieses regelmäßig evaluiert?			

3.7 Überprüfung der Nachhaltigkeit

Werden die Maßnahmen im Bereich „Frühe Bildung, Betreuung, Erziehung“ regelmäßig überprüft und kontinuierlich weiterentwickelt?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
---	----	------	-----------------

INFORMATION UND KOMMUNIKATION

3.8 Information über Angebote und Leistungen

Können aktuelle Informationen zu ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... den Angeboten aller Träger und Anbieter in der Kommune im Bereich „Frühe Bildung, Betreuung, Erziehung“ an einer zentralen Informationsstelle abgerufen werden?			
... den Angebotsprofilen der einzelnen Tageseinrichtungen abgerufen werden (zum Beispiel Altersgruppen, Betreuungszeiten, Sprachförderung, pädagogische Konzeption, inklusives Konzept für Kinder mit Behinderung, Elternbeiträge)?			
... den Angebotsprofilen der Kindertagespflege abgerufen werden (zum Beispiel Vermittlungsstelle/Ansprechpartner, Beschreibung einzelner Angebote, Elternbeiträge)?			



ANGEBOTE UND LEISTUNGEN

3.9 Bedarfsgerechte Angebote an Plätzen zur Tagesbetreuung von Kindern

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es ein bedarfsgerechtes Angebot ...			
... bis zum Alter von 3 Jahren?			
... im Alter von 3 Jahren bis Schuleintritt?			
... im Grundschulalter?			
– vor dem Unterricht/nach dem Unterricht?			
– in den Schulferien?			
... in weiterführenden Schulen in der Regel bis 14 Jahren?			
– vor dem Unterricht/nach dem Unterricht?			
– in den Schulferien?			

3.10 Flexible Betreuungsmöglichkeiten

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Können die Eltern ...			
... in den Kindertageseinrichtungen Randzeitenbetreuung flexibel zusätzlich belegen?			
... in den Tageseinrichtungen oder über die Tagespflege ein der Nachfrage entsprechendes Betreuungsangebot nach 17:00 Uhr in Anspruch nehmen?			
Gibt es eine flexible Betreuung für Kinder, wenn Eltern bzw. Tagespflegepersonen kurzfristig ausfallen (zum Beispiel Notfallbetreuung, Kurzzeitbetreuung)?			

3.11 Ferienbetreuung

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Besteht ein bedarfsgerechtes Bildungs- und Betreuungsangebot in Ferienzeiten für ...			
... unter 3-Jährige?			
... Kindergartenkinder?			
... Schulkinder?			
... Kinder mit Behinderungen?			



3.12 Inklusive Erziehung in Kindertageseinrichtungen

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Werden in den Kindertageseinrichtungen auch Kinder mit besonderem Förderbedarf bedarfsgerecht, inklusiv und entsprechend der Nachfrage gefördert?			
Gibt es Kooperationsformen zwischen Schulkindergärten und Kindertageseinrichtungen?			
Gibt es heilpädagogische Gruppen/Fachdienste?			

3.13 Bedarfsgerechte Zusatzförderung in Kindertageseinrichtungen

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es in den Kindertageseinrichtungen vor Ort ...			
... Sprachförderung (zum Beispiel Sprach-Kita, „Kolibri“)?			
... Bewegungs- und Ernährungsförderung?			
... zusätzliche Projekte zur Sprachförderung für ...			
– Eltern?			
– Kinder unter 3 Jahren?			
... heilpädagogische Angebote?			



ZIELE FÜR HANDLUNGSFELD 3

Bitte schauen Sie noch einmal genau, wo Handlungsbedarf besteht und formulieren Sie erste Ziele und Ideen!

A series of horizontal dotted lines for writing.

Handlungsfeld 4

**Bildung,
lebenslanges Lernen**





STRUKTURFRAGEN FÜR RAT UND VERWALTUNG

4.1 Kommunale Bildungsqualität

Besteht in der Kommune oder im Landkreis ein Gremium aller Bildungsträger und -einrichtungen, das die kommunale Bildungslandschaft gestaltet?

Ja Nein Handlungsbedarf

Erfolgt in der Kommune eine regelmäßige Berichterstattung zum Themenbereich Bildung, aus der konkrete Handlungsziele abgeleitet werden?

4.2 Kommunale/regionale Schulentwicklung

Gibt es einen Prozess zur kommunalen/regionalen Schulentwicklung?

Ja Nein Handlungsbedarf

Werden bei der Schulentwicklungsplanung die anderen wichtigen Akteure zum Beispiel Jugendhilfe beteiligt?

Gibt es Schulsozialarbeit für alle Schularten?

4.3 Außerschulische Jugendarbeit/-bildung

Gibt es Kooperationen zwischen den Schulen, der Jugendbildung und der Jugendarbeit?

Ja Nein Handlungsbedarf

Ist diese Kooperation zur schulbezogenen Jugendarbeit Bestandteil des Schulkonzepts?

4.4 Übergang Kindertageseinrichtung – Grundschule

Bestehen Kooperationsvereinbarungen zu Ablauf und Qualität des Übergangs von Kindertageseinrichtungen zu den Grundschulen mit beiderseits verbindlichem Ressourceneinsatz?

Ja Nein Handlungsbedarf

Wird die Zusammenarbeit zwischen Erzieher/-innen und Lehrkräften sowie den Eltern als erfolgreich bewertet?

Gibt es ein Konzept zum Umgang und zur Förderung von „nicht schulreifen“ Kindern?



4.5 Übergang Schule – Beruf

Gibt es zum Thema „Übergang Schule – Beruf“ unter Beteiligung der Kommune regelmäßige ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... Kooperationen, zum Beispiel mit der Agentur für Arbeit/ der kommunalen Arbeitsverwaltung, Beschäftigungsinitiativen, örtlichen Unternehmen, der IHK, der Handwerkskammer, den Staatlichen Schulämtern, dem Jugendamt, sonstigen Verbänden?			
... Angebote zur Berufsorientierung und zum Übergang in den berufsbildenden Bereich?			
... Ausbildungsplatzbörsen, Ausbildungsmessen, Girls´ Day, Boys´ Day etc.?			
... Ausbildungspatenschaften?			

4.6 Jugendliche und junge Volljährige mit besonderem Förderbedarf

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Werden Jugendliche ohne Schulabschluss erfasst?			
Werden Jugendliche und junge Volljährige (bis 25 Jahre) ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz erfasst (zum Beispiel im Rahmen eines Bildungsberichts)?			
Ergreift die Kommune Maßnahmen zur Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit oder ist an solchen beteiligt?			

4.7 Lebenslanges Lernen

Verfolgt die Kommune ein Konzept, um das lebenslange bzw. lebensbegleitende Lernen ihrer Einwohnerinnen und Einwohner zu fördern?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
---	----	------	-----------------

4.8 Beteiligung und Vernetzung

Werden die Bürger/-innen sowie Akteure im Bereich „Bildung, lebenslanges Lernen“ regelmäßig an wichtigen strategischen Fragen beteiligt (zum Beispiel durch Zukunftswerkstätten, Bürgerforen, BürgerInnenräte)?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es eine feste Netzwerkstruktur, die Schulen, Bildungsträger, Einrichtungen, Unternehmen, Kirchen, Vereine, Verbände und Gewerkschaften zusammenbringt und ihre Bildungsangebote koordiniert (zum Beispiel Lokale Bündnisse, Agenda Gruppen, Runder Tisch)?			



4.9 Überprüfung der Nachhaltigkeit

Werden die Maßnahmen im Bereich „Bildung, lebenslanges Lernen“ regelmäßig überprüft und kontinuierlich weiterentwickelt?

Ja

Nein

Handlungsbedarf

INFORMATION UND KOMMUNIKATION

4.10 Öffentlichkeitsarbeit

Fördert die Kommune die Bedeutung von „Bildung, lebenslangem Lernen“, indem sie zum Beispiel regelmäßig über entsprechende Bildungsangebote vor Ort informiert?

Ja

Nein

Handlungsbedarf

Gibt es eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Themenfeld?

Gibt es bei Bedarf eine persönliche Beratung?



ANGEBOTE UND LEISTUNGEN

4.11 Ganztagschule und ergänzende Angebote

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es ein Ganztagsschulangebot ...			
... im Primarbereich?			
... im Sekundarbereich?			
Werden die Bildung- und Betreuungsangebote vor Ort ergänzt durch ...			
... verlässliche Angebote der Ganztagsbetreuung (zum Beispiel Schülerhort, verlässliche Grundschule, Kernzeitenbetreuung, Hausaufgabenbetreuung)?			
... Ferienbetreuung für alle Kinder (in allen Ferien)?			
... ein Frühstücksangebot?			
... Mittagsverpflegung?			
... eine familienfreundliche und barrierefreie Mensa, in der auch Angehörige zu Mittag essen können?			
... Vernetzungsangebote mit außerschulischen Partnern (Angebote der offenen Jugendarbeit, Sport-, Musik- und Kulturangebote etc.)?			
... Sport- und Bewegungsinfrastruktur (zum Beispiel Kletterwand, Spielanlagen, Skateanlage...)?			
... spezifische Angebote zur individuellen Förderung?			
... Jugendsozialarbeit an Schulen (Schulsozialarbeit)?			
... Sonstiges:			

4.12 Außerschulische Kinder- und Jugendarbeit

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es in der Kommune geförderte Angebote ...			
... der offenen Kinder- und Jugendarbeit (zum Beispiel Kinder- und Jugendzentrum, Jugendclubs, Jugendbildungs- und Begegnungsstätten)?			
... der verbandlichen Jugendarbeit (zum Beispiel in Vereinen, Jugendorganisationen)?			
... der mobilen Jugendarbeit?			
Gibt es Ferienfreizeitangebote (zum Beispiel Stadtrand-erholung, Ferienpass, Ferienangebote, Kinder-Uni)?			



4.13 Medienkompetenz/Verbraucherschutz

Gibt es Angebote für Familien und Jugendliche sowie für ältere Menschen zum Umgang mit digitalen Medien?

Ja Nein Handlungsbedarf

Gibt es Angebote für Familien und Jugendliche sowie für ältere Menschen zum Verbraucherschutz und Konsumverhalten?

4.14 Volkshochschule/Familienbildungsstätten/Büchereien

Gibt es vor Ort entsprechende Angebote, die ...

Ja Nein Handlungsbedarf

... für Familien attraktiv und vergünstigt sind?

... Familien aus bildungsfernen Milieus bzw. benachteiligte Menschen erreichen?

4.15 Musik-/Kunstschule/Bewegung und Sport

Gibt es vor Ort kommunal geförderte musisch-künstlerische sowie sportliche Angebote, die ...

Ja Nein Handlungsbedarf

... für Familien attraktiv und vergünstigt sind?

... Familien aus bildungsfernen Milieus bzw. benachteiligte Menschen erreichen?

Gibt es (kommunale) Zuschüsse, die den Elternbeitrag senken?

Gibt es Kooperationen zwischen Musik- und Kunstschulen, Sportvereine sowie Kindertageseinrichtungen und den allgemeinbildenden Schulen?

4.16 Bildungsangebote für älter werdende Menschen

Gibt es vor Ort spezielle Bildungsangebote für älter werdende Menschen ...

Ja Nein Handlungsbedarf

... im Bereich berufliche Qualifizierung?

... zur Erlangung von Schulabschlüssen/wissenschaftlichen Abschlüssen?

... im Bereich Digitalisierung/Medien?

... zur Gesundheitsförderung/-vorsorge?



ZIELE FÜR HANDLUNGSFELD 4

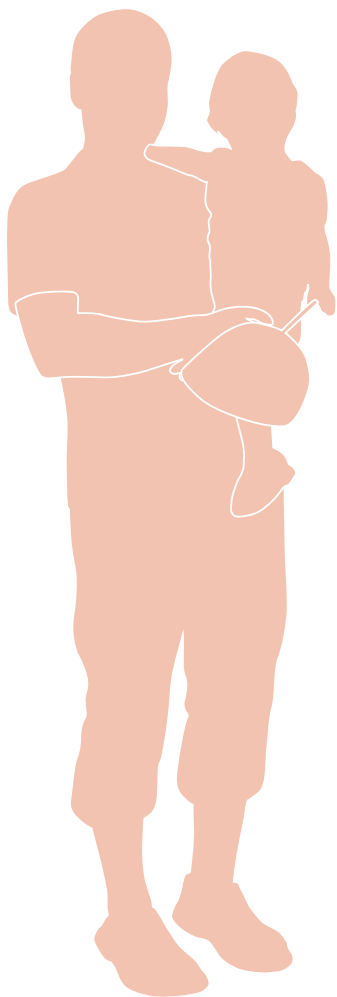
Bitte schauen Sie noch einmal genau, wo Handlungsbedarf besteht und formulieren Sie erste Ziele und Ideen!

A series of horizontal dotted lines for writing, spanning the width of the page.

Handlungsfeld

5

Vereinbarkeit von Beruf und Familie





STRUKTURFRAGEN FÜR RAT UND VERWALTUNG

5.1 Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Verwaltung

Ist für die Kommunalverwaltung als Arbeitgeber familienbewusstes Personalmanagement eine Zielsetzung aufgrund ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... eines Auftrags der Verwaltungsspitze?			
... einer familienbewussten Orientierung im Rahmen eines Leitbildes/Konzepts der Verwaltung?			
... eines Beschlusses des Gemeinderats/Kreistages?			

5.2 Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Kommune

Übernimmt die Kommune durch ihr familienbewusstes Personalmanagement eine Vorbildfunktion für andere Arbeitgeber vor Ort?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Wirkt die Kommune auch in Zusammenarbeit mit Unternehmen und Einrichtungen auf eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie hin?			

5.3 Bestandsaufnahme der bestehenden Strukturen

Existiert eine aktuelle Bestandsaufnahme zu den kommunalen Aktivitäten im Bereich „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Besteht hierüber ein Austausch mit ortsansässigen Unternehmen?			



PROZESSMANAGEMENT, BETEILIGUNG UND NACHHALTIGKEIT

5.4 Beteiligung und Vernetzung

Werden Bürger/-innen und Mitarbeiter/-innen der Verwaltung regelmäßig an wichtigen strategischen Fragen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie beteiligt (zum Beispiel durch Zukunftswerkstätten, Bürgerforen, BürgerInnenräte)?

Ja Nein Handlungsbedarf

Gibt es eine feste Netzwerkstruktur, die Unternehmen, Einrichtungen, Kirchen, Vereine und Verbände zusammenbringt und die Aktivitäten im Bereich „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ fördert und koordiniert (zum Beispiel Lokales Bündnis, Agenda Gruppen, Runder Tisch)?

5.5 Überprüfung der Nachhaltigkeit

Werden die Maßnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie regelmäßig überprüft und kontinuierlich weiterentwickelt?

Ja Nein Handlungsbedarf

5.6 Externe Beratung und Unterstützung

Nimmt die Kommune zur Weiterentwicklung der Vereinbarkeit externe Beratungs- und Unterstützungsangebote in Anspruch (zum Beispiel Kontaktstelle Frau und Beruf, AG Netzwerk Familie, Qualitätsprädikat Familienbewusste Kommune Plus, FamilyNet, u.a.)?

Ja Nein Handlungsbedarf

INFORMATION UND KOMMUNIKATION

5.7 Allgemeine Informationsangebote der Kommune

Veröffentlicht die Kommune Informationen ...

Ja Nein Handlungsbedarf

... für Wiedereinsteigende/Arbeitssuchende zu Leistungen und Angeboten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf?

... für Unternehmen zu kommunalen Angeboten und Leistungen sowie zu weiteren Möglichkeiten zur Verbesserung der Vereinbarkeit?



ANGEBOTE UND LEISTUNGEN

5.8 Arbeitszeitgestaltung und -organisation

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Bietet die Kommune als Arbeitgeber ihren Beschäftigten...			
... Telearbeit/Homeoffice (auch für Führungskräfte)?			
... Jahres-/Lebensarbeitszeitkonten (Sabbaticals, Erziehung, Pflege)?			
... Teilzeitarbeit auf allen Ebenen?			
... Wiedereinstieg, Kontakthalte- und Rückkehrprogramme?			
... Fort- und Weiterbildung während der Elternzeit?			
... Kind am Arbeitsplatz (im Bedarfsfall)?			
... Möglichkeiten zur Teilzeitausbildung?			

5.9 Familienfreundliche Dienstleistungen

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Bietet die Kommunalverwaltung familienfreundliche Dienstleistungen an ...			
... Haushaltsservice (zum Beispiel Bügelservice, Einkaufsservice)?			
... Betriebsfeste mit Angehörigen?			
... Ansprechperson für pflegende Angehörige (Elder Care, betriebliche Pflegelotsen)?			
... Informationsangebot zu Dual Career-Netzwerken bzw. -Programmen?			
... Können Kinder in der Kantine mitessen?			
... Sonstiges:			

5.10 Arbeitsplatznahe Kinderbetreuung

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Bietet oder vermittelt die Kommune Arbeitgebern arbeitsplatznahe Belegplätze in Betreuungseinrichtungen vor Ort?			
Fördert die Kommune bei Bedarf die Gewinnung qualifizierter Tagesmütter für die flexible Kinderbetreuung in Randzeiten, wenn die örtlichen Betreuungseinrichtungen geschlossen haben?			

Handlungsfeld

6

Wohnen, Wohnumfeld, Mobilität





STRUKTURFRAGEN FÜR RAT UND VERWALTUNG

6.1 Familienfreundliche Stadt-, Gemeinde- und Quartiersentwicklung

Gibt es ein differenziertes familienfreundliches Stadt- bzw. Gemeinde- und Quartiersentwicklungskonzept (mit Zielen, Maßnahmen, Mitteln, Verantwortlichen)?

Ja

Nein

Handlungsbedarf

Berücksichtigt dieses Konzept auch die spezifischen Bedarfe von Alleinerziehenden, größeren Familien und Menschen mit Behinderung?

Gibt es personelle Ressourcen für eine beteiligungsorientierte Stadt- bzw. Gemeinde- und Quartiersentwicklung?

6.2 Wohnraum für Familien

Gibt es in der Kommune ...

Ja

Nein

Handlungsbedarf

... kommunale Wohnbauförderprogramme für Familien

– zur Eigentumsförderung?

– zur Mietwohnungsbauförderung?

– zur Sanierungs- und Umbauförderung?

... eine kommunale Wohnbaugesellschaft bzw. unterstützt sie eine Genossenschaft oder private Initiative?

... gibt es einen qualifizierten Mietspiegel und eine daraus entwickelte Mietobergrenze?

... barrierefreie Wohnraumanpassung für Familien?

6.3 Durchmischung verschiedener Wohn-, Lebens- und Arbeitsformen

Wird eine altersbezogene und soziale Mischung in den Wohnquartieren angestrebt?

Ja

Nein

Handlungsbedarf

Werden Projekte zum „Mehrgenerationenwohnen“ oder „flexiblen Wohnraum“ unterstützt?

Wird die Kommune bei Leerständen von Wohnraum aktiv?

6.4 Verkehrssicherheit

Ja Nein Handlungsbedarf

Gibt es in der Kommune ein Wege- und Parkraumkonzept?

Gibt es ein Wege- und Verkehrskonzept, das sicherstellt, dass Kitas und Schulen gefahrlos erreicht werden können?

PROZESSMANAGEMENT, BETEILIGUNG UND NACHHALTIGKEIT

6.5 Beteiligung und Vernetzung

Ja Nein Handlungsbedarf

Werden Bürger/-innen und Familien frühzeitig bei der Planung neuer Einrichtungen/Baugebiete beteiligt (zum Beispiel durch Ideenwerkstätten, Planungswerkstätten, Ortsbegehungen)?

Gibt es eine feste Netzwerkstruktur, die Unternehmen, Bau-träger, Einrichtungen, Kirchen, Vereine und Verbände zusammenbringt und die Aktivitäten im Bereich „Wohnen, Wohn-umfeld, Mobilität“ koordiniert (zum Beispiel Lokales Bündnis, Agenda Gruppen, Runder Tisch)?

6.6 Kommunale Entwicklungskonzepte

Ja Nein Handlungsbedarf

Gibt es ein Stadt- und Gemeindeentwicklungskonzept?

Gibt es kleinräumige Quartiersentwicklungskonzepte?

Berücksichtigen die Stadt-/Gemeinde- und Quartiersentwick-lungskonzepte die künftige Bevölkerungsentwicklung?

Gibt es für den Neu- und Umbau öffentlicher Einrichtungen und den öffentlichen Wohnbau flexible Raum- und Nutzungs-konzepte?

Gibt es ein kommunales Energiekonzept, um langfristig eine bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung zu sichern?

Gibt es ein kommunales Mobilitäts- und Verkehrskonzept, das die Erreichbarkeit der öffentlichen Einrichtungen/Wohn-gebiete/Ortsteile sicherstellt?



6.7 Überprüfung der Nachhaltigkeit

Werden die Maßnahmen zur Förderung einer familienfreundlichen Stadt- bzw. Gemeinde- und Quartiersentwicklung regelmäßig überprüft und kontinuierlich weiterentwickelt?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
--	----	------	-----------------

INFORMATION UND KOMMUNIKATION

6.8 Informationen zur kommunalen Infrastruktur

Gibt es in der Kommune Stadtpläne oder Wegweisersysteme für spezielle Zielgruppen, die mit deren Beteiligung erstellt werden ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... für Kinder?			
... für Jugendliche?			
... für Menschen mit Behinderung?			
... für ältere Menschen?			
Gibt es diese Informationen			
... in leichter Sprache?			
... digital zugänglich?			

6.9 Informationen zu kommunalen Angeboten und Leistungen

Informiert die Kommune analog und digital über ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... Angebote zu günstigem Wohnraum für Familien?			
... Angebote zum familienfreundlichen Wohnumfeld?			
... die regionale Nahversorgung?			
... Fahrdienste und Transportmöglichkeiten?			



ANGEBOTE UND LEISTUNGEN

6.10 Wohnraum für Familien und Generationen

Bietet die Kommune ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... vergünstigte Bauplätze für Familien oder Vergünstigungen beim Eigenheimerwerb nach öffentlich definierten Kriterien?			
... Baugrundstücke für Familien in Erbpacht?			
... eigene günstige Mietwohnungen?			
... Möglichkeiten zum „Mehrgenerationenwohnen“?			
... Sonstiges:			

6.11 Lebendige Stadt- und Ortsteile und Quartiere für alle Generationen

Besteht eine bedarfsgerechte integrative Infrastruktur im Stadtteil/Ortskern/Quartier zur Nahversorgung, Kommunikation etc.?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es öffentliche Treffpunkte für Jung und Alt?			
Bestehen vielfältige Möglichkeiten zur Begegnung unter und zwischen den Generationen (zum Beispiel in einem Generationencafé, Quartierstreff etc.)?			

6.12 Erreichbarkeit der Nahversorgungseinrichtungen für den täglichen Bedarf

Sind vor Ort Nahversorgungseinrichtungen (auch ohne Auto und für ältere Menschen) in angemessener Zeit zu erreichen ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... Einkäufe für den täglichen Bedarf?			
... Ärzte, Apotheke?			
... Postdienst, Bank, Sparkasse?			



6.13 Verkehrssicherheit

Werden verkehrsberuhigte Bereiche, Spielstraßen etc. gemäß Straßenverkehrsordnung gezielt in Wohngebieten und im Umfeld von Bildungsstätten angelegt?

Ja

Nein

Handlungsbedarf

Gibt es ...

... Initiativen zur Bildung von Wegegruppen (Erwachsene/ Kinder), zum Beispiel Projekt „Laufender Schulbus“?

... Schülerlotsen an vielbefahrenen Straßen?

... Verkehrssicherheitsinfrastruktur (zum Beispiel Querungshilfen)?

6.14 Verkehrsanbindung

Gibt es in der Kommune ...

Ja

Nein

Handlungsbedarf

... eine gute Anbindung der Stadtteile und Ortschaften durch den öffentlichen Nahverkehr?

... ergänzende Angebote (zum Beispiel Sammeltaxi, Bürgerbus, Carsharing, Elektromobilität)?

... ehrenamtliche Fahrdienste?

... Nachttaxi für Frauen?

6.15 Barrierefreie Verkehrswege, familienfreundlicher Verkehrsraum

Sind in der Kommune ...

Ja

Nein

Handlungsbedarf

... die Zugänge zu den öffentlichen Einrichtungen barrierefrei?

... die Bordsteinkanten abgesenkt?

... Kinderwagensteighilfen an Treppen?

... für öffentliche Einrichtungen Familienparkplätze ausgewiesen?

... die öffentlichen Einrichtungen ausreichend mit Abstellanlagen für Fahrräder bestückt?

... der Öffentliche Personennahverkehr barrierefrei?



ZIELE FÜR HANDLUNGSFELD 6

Bitte schauen Sie noch einmal genau, wo Handlungsbedarf besteht und formulieren Sie erste Ziele und Ideen!

A series of horizontal dotted lines for writing.

Handlungsfeld

7

Freizeit und Kultur





STRUKTURFRAGEN FÜR RAT UND VERWALTUNG

7.1 Leitziel „Freizeit und Kultur“

Ist das Leitziel „Freizeit und Kultur“ als Bestandteil des familienfreundlichen Handelns in der Kommune verankert aufgrund ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... eines Auftrags des/der (Ober-)Bürgermeisters/-in?			
... eines Gemeinderatsbeschlusses?			
... einer familienbewussten Orientierung im Rahmen eines Leitbildes/Konzepts der Verwaltung?			

7.2 Unterstützung durch die Kommune

Fördert die Kommune bürgerschaftliche Aktivitäten und Initiativen zur Ergänzung und zum Ausbau des örtlichen familienfreundlichen Freizeit- und Kulturangebotes für Familien/alle Generationen durch ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... finanzielle Unterstützung?			
... Bereitstellung von Räumen?			
... Sachmittel und logistische Hilfen?			
... personelle Unterstützung/hauptamtliche Fachkräfte?			
Gibt es in der Kommune einen Kinder-/Familienpass zur Vergünstigung von Freizeit- und Kulturangeboten?			

7.3 Teilhabe von Menschen mit Behinderung

Sind bei allen Aspekten dieses Handlungsfeldes die spezifischen Belange von Menschen mit Behinderung berücksichtigt?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
--	----	------	-----------------

7.4 Spiel-, Sport- und Freizeitflächen für alle Generationen

Gibt es eine bedarfsorientierte Spielplatz-, Sport- und Freizeitflächenplanung der Kommune?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Wird diese regelmäßig fortgeschrieben?			



PROZESSMANAGEMENT, BETEILIGUNG UND NACHHALTIGKEIT

7.5 Beteiligung und Vernetzung

Gibt es in der Kommune für Familien die Möglichkeit, Ideen und Vorschläge zu Freizeit- und Kulturangeboten einzubringen und sich an deren Umsetzung zu beteiligen?

Ja

Nein

Handlungsbedarf

Gibt es eine feste Netzwerkstruktur, die Unternehmen, Einrichtungen, Kirchen, Vereine und Verbände zusammenbringt und die Aktivitäten im Bereich „Freizeit und Kultur“ koordiniert (zum Beispiel Lokales Bündnis, Agenda Gruppen, Runder Tisch)?

7.6 Überprüfung der Nachhaltigkeit

Werden die Maßnahmen im Bereich „Freizeit und Kultur“ regelmäßig überprüft und kontinuierlich weiterentwickelt?

Ja

Nein

Handlungsbedarf

INFORMATION UND KOMMUNIKATION

7.7 Informationen zu Freizeit, Kultur-, Bewegungs- und Sportangeboten

Gibt es in der Kommune ...

Ja

Nein

Handlungsbedarf

... einen zentralen Veranstaltungskalender (digital und analog)?

... Veranstaltungsinformationen auch in sozialen Netzwerken?

... zielgruppenorientierte Stadtpläne oder Wegweisersysteme (zum Beispiel Kinderstadtplan, Still- und Wickelmöglichkeiten, öffentliche Toiletten), die Informationen über Freizeit- und Kultureinrichtungen bündeln?

... eine zentrale Stelle, bei der auch ständige Angebote anderer Anbieter (Kirchen, Jugendverbände...) erfragt werden können?

... frei zugängliches WLAN?



ANGEBOTE UND LEISTUNGEN

7.8 Gemeinsame Aktivitäten für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern

Gibt es in der Kommune ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... Freizeitangebote für Kinder/Jugendliche gemeinsam mit ihren Eltern, zum Beispiel auch innerhalb der Feriennprogramme?			
... Familienfreizeiten?			
... Angebote an Wochenenden und/oder Feiertagen?			
... spezifische Angebote für Mütter und Väter?			
... und Alleinerziehende?			

7.9 Orte für junge Menschen

Gibt es in der Kommune ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... einen Jugendtreff mit sozialpädagogischen Angeboten?			
... einen Jugendtreff in Selbstverwaltung?			
... wohnortnahe Treffpunkte für Jugendliche außerhalb von Einrichtungen?			
... wohnortnahe Bewegungsangebote (Spielplatz, Bolzplatz, Basketball, Streetball, Klettern)?			
... Räume für Kinder und Jugendliche zur Nutzung, zum Beispiel für Geburtstage?			
... Proberäume für Musikgruppen?			

7.10 Nutzung der Schulhöfe

Können Kinder und Jugendliche die Schulhöfe und deren Einrichtungen auch außerhalb der Schulzeit nutzen?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Bieten die Schulhöfe Bewegungs- und Spielanreize?			



7.11 Kulturelle Angebote

Gibt es vor Ort ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... kommunale Angebote zur musikalischen und künstlerischen Förderung?			
... musisch-kulturelle Angebote für Familien?			
... besondere traditionelle Angebote (Brauchtum), Festivals, Straßenfeste, Konzerte für Familien?			
... in den Bibliotheken Angebote für Eltern und Kinder unterschiedlicher Altersgruppen mit Kinderbetreuung und zielgruppenspezifische Öffnungszeiten?			
... in Kulturstätten (zum Beispiel Schlösser, Gärten, Theater, Museen, Ausstellungen) für Familien ...			
– freien Eintritt?			
– reduzierte Eintrittspreise?			
... zielgruppenorientierte Kinoangebote (Senioren-, Kinder-, Familienkino)?			
... Angebote zur Stadtgeschichte (Rundgang, Geschichtswerkstatt, Heimatmuseum)?			

7.12 Kommunale Spiel-, Sport- und Freizeitangebote

Gibt es in der Kommune ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... offene Spiel- und Sportflächen?			
... Bäder, Badeseen, Wintersportanlagen?			
... Naherholungsgebiete (zum Wandern, Radfahren, Walking, Joggen etc.)?			
... offene Park- und Grünflächen (mit Spielgeräten, Sitzgelegenheiten etc.)?			
... Grillplätze/-hütten?			
... Sonstiges:			

Handlungsfeld 8

Integration und Antidiskriminierung





STRUKTURFRAGEN FÜR RAT UND VERWALTUNG

8.1 Leitziel „Integration und Antidiskriminierung“

Gibt es für die Kommunalverwaltung im Bereich „Integration und Antidiskriminierung“ eine Zielsetzung aufgrund ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... eines Auftrags des/der (Ober-)Bürgermeisters/-in?			
... eines Gemeinderatsbeschlusses?			
... oder eines Leitbildes/Konzepts der Verwaltung?			
Übernimmt die Kommune durch ihre Aktivitäten im Bereich „Integration und Antidiskriminierung“ eine Vorbildfunktion für andere Institutionen und Arbeitgeber vor Ort?			
Werden Integrationsaspekte auch in anderen Handlungsfeldern mit berücksichtigt?			

8.2 Bestandsaufnahme der bestehenden Strukturen

Existiert eine aktuelle Bestandsaufnahme zu bisherigen Aktivitäten der Kommunalverwaltung im Bereich „Integration und Antidiskriminierung“ und wird diese regelmäßig fortgeschrieben?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
---	----	------	-----------------

8.3 Bürgerschaftliches/Freiwilliges Engagement

Fördert die Kommune Bürgerschaftliches Engagement im Bereich „Integration und Antidiskriminierung“?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Bezieht die Kommune dabei Personengruppen, die von Diskriminierungen betroffen sind (unter anderem Menschen mit Migrationshintergrund) und ihre Organisationen und Initiativen mit ein?			



PROZESSMANAGEMENT, BETEILIGUNG UND NACHHALTIGKEIT

8.4 Beteiligung, Vernetzung und Nachhaltigkeit

Werden Bürger/-innen mit Migrationshintergrund regelmäßig an wichtigen strategischen Fragen im Bereich „Integration und Antidiskriminierung“ beteiligt (zum Beispiel in kommunalen Migrant*innenvertretungen)?

Ja

Nein

Handlungsbedarf

Gibt es ein Leitbild/Konzept für die niedrigschwellige Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund, sodass möglichst viele gesellschaftliche Gruppen auch tatsächlich erreicht werden können?

Existiert eine feste Netzwerkstruktur, die Migrant*innenorganisationen, Träger von Migrationsdiensten, Kirchen, Einrichtungen, Vereine und Verbände zusammenbringt und die Aktivitäten im Bereich „Integration und Antidiskriminierung“ koordiniert (zum Beispiel Lokales Bündnis, Agenda Gruppen, Runder Tisch)?

Gibt es personelle Ressourcen, die die Zusammenarbeit im Bereich „Integration und Antidiskriminierung“ koordinieren?

8.5 Überprüfung der Nachhaltigkeit

Werden die Maßnahmen im Bereich „Integration und Antidiskriminierung“ regelmäßig überprüft und kontinuierlich weiterentwickelt?

Ja

Nein

Handlungsbedarf

INFORMATION UND KOMMUNIKATION

8.6 Zielorientierte Informations- und Öffentlichkeitsarbeit

Informiert die Kommune über ihre Aktivitäten und Angebote im Bereich „Integration und Antidiskriminierung“ durch eine aktive und zielgruppengerechte Öffentlichkeitsarbeit?

Ja

Nein

Handlungsbedarf

Sind bei allen öffentlichen Informationen über Anlaufstellen und Angebotsträger Menschen mit Migrationshintergrund ausdrücklich berücksichtigt (zum Beispiel über Grundlageninformationen in Sprachen der zahlenmäßig am stärksten vertretenen Nationalitäten)?

Ist das Informationsangebot barrierefrei gestaltet?



ANGEBOTE UND LEISTUNGEN

8.7 Personalentwicklung und interkulturelle Öffnung

Werden in der Kommune ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... Einwohner/-innen mit Migrationshintergrund als Fachpersonal ausgebildet, eingestellt und gefördert?			
... die Mitarbeiter/-innen zu interkulturellen Zusammenhängen und damit verbundenen besonderen Herausforderungen für Familien fortgebildet?			
... Kenntnisse und Kompetenzen zum professionellen Umgang mit Diskriminierung vermittelt?			

8.8 Serviceleistungen zur Förderung von Integration

Gibt es in der Kommune ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... einen frühen trägerübergreifend einheitlichen Einstieg in die Sprach- und Bildungsförderung?			
... ergänzende Sprach- und Förderangebote für alle Altersgruppen?			
... niedrigschwellige Unterstützungsangebote für Eltern mit Migrationshintergrund zu Fragen von Bildungs- und Betreuungsangeboten?			
... niedrigschwellige Unterstützungsangebote in den Bildungsangeboten und zum Übergang Schule-Beruf (zum Beispiel Patenschaftsprojekte, Lernbegleiter)?			
... bedarfsorientierte Beratungs- und Unterstützungsleistungen für ältere Menschen mit Migrationshintergrund?			
... Angebote für pflegende Angehörige?			
... Zugang zu einem Dolmetscherpool (Sprache und Kultur)?			

**8.9 Interkulturelle Begegnung**

Wird vor Ort die interkulturelle Begegnung gefördert, zum Beispiel durch ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... Veranstaltungen und/oder Feste für die gesamte Kommune?			
... interkulturelle Austauschprogramme und Projekte zum Beispiel über den Jugendaustausch, in den Schulen oder in Vereinen?			
... Orte der interkulturellen Begegnung (zum Beispiel in Begegnungscafés, Jugendtreffs etc.)			
... regelmäßig tagende „Runde Tische“ bzw. Gesprächsforen mit regelmäßiger Beteiligung der Kommune (zum Beispiel lokaler Rat der Kulturen bzw. lokaler Rat der Religionen)?			



A series of horizontal dotted lines spanning the width of the page, intended for writing notes or answers.



Handlungsfeld 9

Älterwerden, Zusammenleben der Generationen





STRUKTURFRAGEN FÜR RAT UND VERWALTUNG

9.1 Leitziel „Älterwerden, Zusammenleben der Generationen“

Gibt es in der Kommune über den Kreispflegeplan des Landkreises hinaus eine Zielsetzung im Bereich „Älterwerden, Zusammenleben der Generationen“ aufgrund ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... eines Auftrags des/der (Ober-)Bürgermeisters/-in?			
... eines Gemeinderatsbeschlusses?			
... eines Leitbildes/Konzepts der Verwaltung?			
Übernimmt die Kommune durch ihre Aktivitäten im Bereich „Älterwerden, Zusammenleben der Generationen“ eine Vorbildfunktion für Institutionen und Arbeitgeber vor Ort?			

9.2 Bestandsaufnahme und konzeptionelle Entwicklung

Existiert eine aktuelle Bestandsaufnahme der Kommune zu bisherigen Aktivitäten im Bereich „Älterwerden, Zusammenleben der Generationen“ und wird diese regelmäßig am Bedarf der Familien angepasst?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Werden Quartiers- oder Sozialraumkonzepte geplant bzw. umgesetzt?			

PROZESSMANAGEMENT, BETEILIGUNG UND NACHHALTIGKEIT

9.3 Beteiligung und Vernetzung

Werden ältere Menschen regelmäßig an wichtigen strategischen Fragen zur Verbesserung der Situation von Senioren beteiligt?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es einen Ortsseniorenrat? Und hat dieser ein Anhörungsrecht?			
Gibt es vor Ort eine feste Netzwerkstruktur, die Seniorenorganisationen, Träger der Seniorendienste, Einrichtungen, Kirche, Vereine und Verbände zusammenbringt und die Aktivitäten im Bereich „Älterwerden, Zusammenleben der Generationen“ koordiniert (zum Beispiel Lokales Bündnis, Agenda Gruppe, Runder Tisch)?			
Fördert die Kommune bürgerschaftliches Engagement in diesem Handlungsfeld?			
Gibt es personelle Ressourcen in diesem Arbeitsbereich?			



9.4 Überprüfung der Nachhaltigkeit

Werden die Maßnahmen im Bereich „Älterwerden, Zusammenleben der Generationen“ regelmäßig überprüft und kontinuierlich weiterentwickelt?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
---	----	------	-----------------

INFORMATION UND KOMMUNIKATION

9.5 Zielorientierte Informations-/Öffentlichkeitsarbeit

<p>Informiert die Kommune über ihre Aktivitäten und Angebote im Bereich „Älterwerden, Zusammenleben der Generationen“ durch eine aktive und zielgruppengerechte Öffentlichkeitsarbeit (digital und analog)?</p> <p>Gibt es präventive aufsuchende Angebote für ältere Menschen und deren Angehörige (zum Beispiel präventive Hausbesuche)?</p>	Ja	Nein	Handlungsbedarf
--	----	------	-----------------

9.6 Informationen, Beratung und Unterstützung

<p>Informiert die Kommune über ...</p> <p>... den zuständigen Pflegestützpunkt, betriebliche Pflegelotsen und alle weiteren Beratungs- und Unterstützungsangebote für ältere Menschen und ihre Angehörigen?</p> <p>... Anlaufstellen, die zum Thema Wohnraumanpassungen beraten?</p> <p>... Ansprechpersonen, die Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement in der Arbeit mit älteren Menschen fördern und unterstützen?</p>	Ja	Nein	Handlungsbedarf
--	----	------	-----------------



ANGEBOTE UND LEISTUNGEN

9.7 Orte und Infrastruktur

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es für ältere Menschen in der Kommune ...			
... quartiers-/stadteilbezogene bzw. zentral erreichbare Kommunikationsorte (zum Beispiel Märkte, Grünanlagen, Dorfplätze)?			
... Begegnungsstätten, offene Treffpunkte, Vereinsräume, kirchliche Gemeindehäuser etc.?			
... Mehrgenerationenhäuser mit spezifischen Angeboten für ältere Menschen und Familien?			
... eine barrierefreie und gut ausgebaute Infrastruktur für ältere Menschen (Ärzte, ÖPNV, Einkaufen, öffentliche Toiletten, Ruhebänke, Spazierwege)?			

9.8 Mehrgenerationenansatz und Aktivitäten

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es in der Kommune gemeinsame Aktivitäten/Projekte von Alt und Jung?			
Gibt es Vereine, Einrichtungen und/oder Begegnungsstätten mit Angeboten für ältere Menschen, die gezielt mit einem Mehrgenerationenansatz arbeiten?			



9.9 Wohnortnahe Dienst- und Unterstützungsleistungen

Gibt es wohnortnahe Unterstützung, damit hilfebedürftige ältere Menschen auch bei zunehmendem Betreuungsbedarf zunächst in einer Wohnung vor Ort bleiben können, zum Beispiel ...

Ja Nein Handlungsbedarf

... ambulante Betreuungs- und/oder Pflegedienste?

... Essen auf Rädern?

... Besuchsdienste?

... Nachbarschaftshilfe?

... praktische Alltagshilfen (Begleitdienste, Lieferdienste, Haushalt, Haus und Garten etc.)?

... Angebote zur Unterstützung im Alltag (UstA-Vo)?

... Unterstützungsangebote nach Entlassungen aus stationärem Krankenhausaufenthalt?

... Sonstige:

9.10 Service-Wohnen

Gibt es in der Kommune ...

Ja Nein Handlungsbedarf

... ein Angebot an betreuten Wohnungen?

... Angebote für Mehrgenerationenwohnen?

... ambulant betreute Wohngruppen?

... Senioren-WG's oder sonstige Wohnprojekte?

9.11 Betreuung und Pflege

Gibt es vor Ort oder in einer Nachbarkommune ein bedarfsgerechtes Angebot an ...

Ja Nein Handlungsbedarf

... Dauerpflegeplätzen?

... Tagespflegeplätzen (auch an Wochenenden)?

... Plätzen zur Kurzzeit- bzw. Verhinderungspflege?

... Betreuungsgruppen insbesondere für Menschen mit Demenz?

... Angebote für jüngere Menschen mit Pflegebedarf?



9.12 Unterstützung und Entlastung für pflegende Angehörige

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es in der Kommune ...			
... Informationsmöglichkeiten rund um die Pflege?			
... einen betrieblichen Pflegelotsen?			
... Qualifizierungsangebote für pflegende Angehörige?			
... Selbsthilfegruppen/Gesprächskreise?			
... Angebote oder Netzwerke zur Kurzzeitentlastung für pflegende Angehörige, die innerhalb eines Zeitraumes von 24 Stunden abrufbar sind?			

9.13 Hospizdienste

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es vor Ort oder in angemessener Entfernung Dienste zur Begleitung Sterbender und ihrer Angehörigen, zum Beispiel ...			
... im häuslichen Bereich?			
... in einer ambulant betreuten Hospizwohnung?			
... in einem stationären Hospiz?			
... einen Kinderhospizdienst?			

9.14 Tod und Bestattung

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es ...			
... eine Friedhofsordnung, die verschiedene Bestattungsriten und Bedarfslagen (zum Beispiel Familiengrab) berücksichtigt?			
... ein Angebot von verschiedenen Bestattungsorten (Friedhof, Friedwald etc.)?			
... Bestattungsmöglichkeiten für Sternenkinder?			
... Angebote/Selbsthilfegruppen für trauernde Angehörige?			

Handlungsfeld **10**

Gesundheitsförderung, Prävention





STRUKTURFRAGEN FÜR RAT UND VERWALTUNG

10.1 Leitziel „Gesundheitsförderung“

Ist das Leitziel einer kommunalen Gesundheitsförderung, -vorsorge und -versorgung in der Kommune verankert aufgrund ...

Ja Nein Handlungsbedarf

... eines Auftrags des/der (Ober-)Bürgermeisters/-in?

... eines Gemeinderatsbeschlusses?

... einer familien- und demografiebewussten Orientierung im Rahmen eines Leitbildes/Konzepts der Verwaltung?

Beteiligt sich die Kommune an überörtlichen Initiativen zur Gesundheitsförderung, -vorsorge und -versorgung, zum Beispiel an der Gesundheitskonferenz des Landkreises?

Stellt die Kommune Finanzmittel für die Gesundheitsförderung in den Haushalt ein?

10.2 Bestandsaufnahme der bestehenden Strukturen

Existiert eine aktuelle Bestandsaufnahme der Kommune zu bisherigen Aktivitäten der kommunalen Gesundheitsförderung, -vorsorge und -versorgung und eine regelmäßige Fortschreibung?

Ja Nein Handlungsbedarf



10.3 Zusammenarbeit mit dem Landkreis, den Wohlfahrtsverbänden und anderen Fachstellen

Besteht eine Zusammenarbeit mit ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... dem Gesundheitsamt?			
... der kommunalen Gesundheitskonferenz?			
... den Ärztekammern zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung?			
... Krankenkassen?			
... freien Trägern?			
... Psychiatrie?			
... Kliniken?			
... Frühen Hilfen?			
... Frühförderstellen?			
... Schwangerschafts(konflikt)beratungsstellen?			
... Frauenhilfe- und Unterstützungssystem zum Beispiel Fachberatungsstelle gegen häusliche oder sexuelle Gewalt?			
... Selbsthilfekontaktstellen?			
... erzieherischer Kinder- und Jugendschutz?			
... Ernährungsberatung?			
... Suchtpräventions-, Suchtmediziner und Beratungsstellen?			
... Seniorenorganisationen und -einrichtungen?			
... Sonstigen:			
Gibt es ein gemeinsames kommunales Leitbild/ Handlungskonzept aller Akteure?			



PROZESSMANAGEMENT, BETEILIGUNG UND NACHHALTIGKEIT

10.4 Beteiligung und Vernetzung

Werden Bürger/-innen regelmäßig an wichtigen strategischen Fragen der Gesundheitsförderung, -vorsorge und -versorgung beteiligt (zum Beispiel durch Zukunftswerkstätten, Bürgerforen, BürgerInnenrat)?

Ja

Nein

Handlungsbedarf

Gibt es eine feste Netzwerkstruktur, die Pflegedienste, Ärzte, Senioreneinrichtungen, Kirchen, Vereine und Verbände zusammenbringt und die kommunale Gesundheitsförderung, -vorsorge und -versorgung koordiniert (zum Beispiel Lokales Bündnis, Agenda Gruppen, Runder Tisch)?

10.5 Überprüfung der Nachhaltigkeit

Werden die Maßnahmen zur Gesundheitsförderung, -vorsorge und -versorgung überprüft und kontinuierlich weiterentwickelt?

Ja

Nein

Handlungsbedarf

INFORMATION UND KOMMUNIKATION

10.6 Information über Angebote und Leistungen

Werden die Angebote und Leistungen zum Thema Gesundheitsförderung, -vorsorge und -versorgung ...

Ja

Nein

Handlungsbedarf

... veröffentlicht und an zentraler Stelle angeboten?

... auf der Webseite der Kommune aktuell veröffentlicht und fortgeschrieben?



10.7 Informationen, Beratung und Unterstützung

Informiert die Kommune über ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... Gesundheitsberatungsangebote, Gesundheits- und Ernährungskurse etc.?			
... die Beratungs- und Unterstützungsangebote für Familien?			

ANGEBOTE UND LEISTUNGEN

10.8 Gesund aufwachsen

Gibt es für ein gesundes Aufwachsen in der Kommune ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... Angebote im Bereich frühe Prävention, zum Beispiel Frühe Hilfen?			
... Angebote im Bereich Tageseinrichtungen für Kinder?			
... Angebote an Schulen, zum Beispiel „stark. stärker. Wir.“?			
... Angebote, mit denen sozial benachteiligte Familien erreicht werden?			
... Angebote zur Suchtprävention (zum Beispiel Initiativen zur Alkoholprävention in der Jugendarbeit der Vereine)?			
... Angebote zum Umgang mit digitalen Medien?			

10.9 Gesund bleiben

Gibt es ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... von der Kommune veranlasste Aktivitäten und Aktionen zur Gesundheitsförderung und -vorsorge (zum Beispiel Gesundheitstage)?			
... von der Kommune ein betriebliches Gesundheitsmanagement für ihre Belegschaft?			
... Bewegungsangebote im öffentlichen Raum?			
... Angebote zur Suchtprävention in allen Bereichen?			

Kontaktdaten





Stefan Goller-Martin

Leiter des Amtes für Soziales und Familie Stadt Ravensburg
Tel. 0751 82 235
stefan.goller-martin@ravensburg.de
www.ravensburg.de



Patrik A. Hauns

Leiter des Fachbereichs Bildung, Soziales und Sport sowie Leiter
des Amtes für Familie und Soziales der Stadt Bruchsal
Tel. 07251 79 351
patrik.hauns@bruchsal.de
www.bruchsal.de



Marga Heller

Leiterin des Amtes für Familie, Jugend, Senioren und Soziales
der Gemeinde Ehningen
Tel. 07034 121 129
marga.heller@ehningen.de
www.ehningen.de



Esther Hoffmann

Geschäftsführerin der AG Netzwerk Familie Baden-Württemberg e.V.
Tel.: 0163 38036 13
esther.hoffmann@netzwerk-familie-bw.de
www.netzwerk-familie-bw.de



Hans-Jürgen Lutz

Bis 2019 Jugendhilfeplaner im Ortenaukreis,
jetzt Lutz Consulting Offenburg
Tel. 0781 948 3806
consulting@hans-juergen-lutz.de
www.hans-juergen-lutz.de



Andreas Reuter

Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg,
Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: 0711 / 637 52 12
andreas.reuter@kvjs.de
www.kvjs.de



Dr. Jens Ridderbusch

FamilienForschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt,
stellvertretende Leitung
Tel. 0711 641 27 19
jens.ridderbusch@stala.bwl.de
www.statistik-bw.de | www.faf0-bw.de



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT
FAFO FAMILIENFORSCHUNG

So erreichen Sie uns

FamilienForschung Baden-Württemberg
im Statistischen Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart

Tel. 07 11-6 41-29 55
fafa-bw@stala.bwl.de

www.fafa-bw.de
www.statistik-bw.de

